V-09-146 Keine Klimagerechtigkeit ohne Geschlechtergerechtigkeit!

Antragsteller*in: Bettina Jarasch (KV Pankow)

Änderungsantrag zu V-09

Von Zeile 146 bis 149:
~~8. Berlin soll sich ihrer Verantwortung für die Klimakrise bekennen. Allen Menschen, die auf Grund unserer Lebensweise ihr Zuhause verlieren, sollen durch den Klimapass Asyl in Berlin bekommen. Der Klimapass für Berlin soll dabei vorrangig an Frauen* und ihre Familien vergeben werden.~~

8. Das Land Berlin soll sich zu seiner Mitverantwortung für die Klimakrise bekennen. Deshalb soll Berlin auf allen Ebenen – im Bundesrat wie auch in den europäischen Städtenetzwerken, in denen Berlin Mitglied ist – dafür werben, dass die EU den Bewohner*innen von Inselstaaten, die durch die Klimakrise unbewohnbar werden, Klimapässe anbieten soll.

Begründung

In unserem Europawahlprogramm 2019 bekennen wir uns zur historischen Verantwortung der westlichen Industriestaaten als Hauptverursacher klimaschädigender Treibhausgase und fordern, dass die EU zusammen mit anderen Industriestaaten vorangehen und im Rahmen einer gemeinsamen Regelung den Bewohner*innen von bedrohten Inselstaaten, die durch die Klimakrise unbewohnbar werden, Klimapässe anbieten soll. Das Land Berlin kann dazu einen Beitrag leisten, indem es aktiv die Städtebündnisse nutzt, in denen Berlin Mitglied ist, und auf diesem Weg für einen europäischen Klimapass wirbt. Dazu gehören das Städtenetzwerk C40 gegen Klimawandel, das Klimabündnis und Solidarity Cities, das sich für mehr Integration und Aufnahme von Geflüchteten einsetzt. – Asylrecht ist dagegen Bundesrecht. Das Land Berlin hat rechtlich keine Möglichkeit, neue Asylrechtsgründe eigenständig einzuführen, wie es der Antrag fordert.

Unterstützer*innen:
Susanne Kahlefeld (KV Neukölln)
Werner Graf (KV Friedrichshain-Kreuzberg)